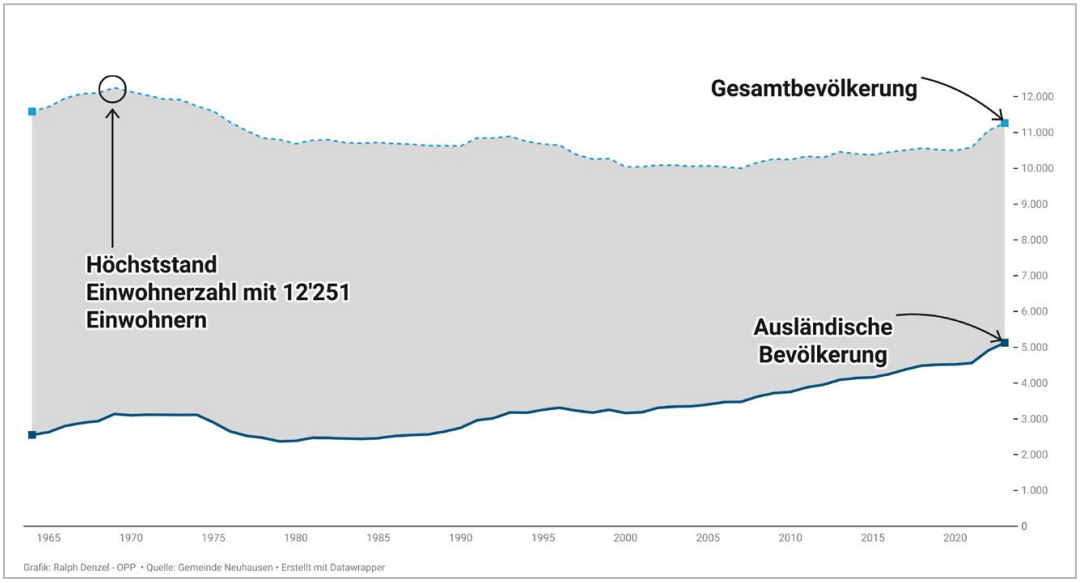
Neuhausen ist so multikulturell wie noch nie

Gemäss Neuhauser Einwohnerstatistik ist die Gemeindebevölkerung im Jahr 2023 weiter gewachsen: 11263 Menschen leben in der zweitgrössten Gemeinde des Kantons. Der Ausländeranteil hat ebenfalls zugenommen. Er ist nun höher denn je.

Saskia Baumgartner

NEUHAUSEN. Die Gemeinde Neuhausen hat einen Rekord geknackt: den höchsten je gemessenen Ausländeranteil. Gemäss neuer Bevölkerungsstatistik beträgt dieser 45,52 Prozent. Ein zweiter Rekord dürfte in absehbarer Zeit ebenfalls fallen: jener der höchsten Einwohnerzahl.

Der bisherige Höchststand der Bevölkerung wurde 1969 festgestellt. Damals lebten 12251 Menschen in Neuhausen. Aktuell ist man noch rund 1000 Personen davon entfernt. Per 31. Dezember 2023 betrug die Bevölkerungszahl 11263. Das sind 214 Personen mehr als im Vorjahr. Aufgrund mehrerer Grossprojekte wird die Zahl weiter steigen. So wird derzeit noch ein Hochhaus am Industrieplatz erstellt. Zudem hat erst vor wenigen Tagen der Bezug der ersten von insgesamt 280 neuen Wohnungen auf dem Rhytech-Areal begonnen (siehe Seite 19 in dieser Zeitung). Der Neuhauser Gemeinderat rechnet damit, dass in wenigen Jahren rund 12500 Personen in Neuhausen leben werden.



Die Bevölkerung von Neuhausen wächst – besonders die ausländische.
GRAFIK RALPH DENZEL

GRAFIK
Weitere Grafiken zu den Bevölkerungszahlen unter www.shn.ch/click

Eingewandert der Arbeit wegen

Der hohe Ausländeranteil in Neuhausen ist grundsätzlich nichts Neues. Der vormals höchste Wert wurde im Jahr 1900 verzeichnet und lag knapp unter 45 Prozent. Aufgrund der Industrialisierung waren damals viele Menschen zum Arbeiten in die Rheinfallgemeinde gekommen. Hatte der Anteil zwischenzeitlich wieder abgenommen, steigt er seit Mitte der 1980er-Jahre, wo er um 22 Prozent lag, stetig an. 2023 nahm der Anteil im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Prozent zu und ist damit an einem Höchststand angelangt.

Für Gemeindepräsident Felix Tenger (FDP) hat dieser Rekord keine spezielle Bedeutung. «Neuhausen am Rheinfall hat traditionell einen hohen Ausländeranteil.» Dieser habe sich im letzten Jahr nur minimal erhöht, wodurch sich das Zusammenleben nicht verändere. «Wir haben eine grosse soziale und kulturelle Vielfalt in unserer Gemeinde und schätzen das.»

Wachstum dank Zuwanderung

Ohne roten Pass kann man jedoch auch nicht abstimmen. Sprich, immer weniger Menschen befinden an der Urne über die gesamte Gemeinde. Ein Problem für die Demokratie? Felix Tenger sagt: «Nicht zuletzt deshalb setzen wir immer wieder Mitwirkungsprozesse ein, wo sich alle einbringen können.»

Bevölkerungswachstum ist einerseits möglich durch eine steigende Geburtenrate, andererseits durch Zuwanderung. 2023 wurden 89 Neuhauser Kinder (48 davon Schweizer Nationalität) geboren. Sie standen jedoch 123 Todesfällen (103 davon Schweizer Nationalität) gegenüber. Das Wachstum Neuhausens geht also klar auf die Zuwanderung zurück. Zogen im letzten Jahr 1094 Menschen in die Rheinfallgemeinde, verliessen sie 846. Die Nettozuwanderung betrug also 248. Der Grossteil der Zugewanderten kam dabei aus dem Ausland (694 Personen).

Inzwischen leben 92 Nationen in Neuhausen. Am stärksten vertreten sind, nebst den Schweizern, Menschen aus Deutschland (7,5 Prozent, +71 Personen gegenüber dem Vorjahr), aus Nordmazedonien (5,7 Prozent, keine Veränderung) und aus Italien (5,5 Prozent, +35 Personen).

Fortsetzung von Seite 15

«Ich wünsche mir mehr Spielraum»

eine Zukunftsperspektive zu geben. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, einen unbefristeten Vertrag zu erhalten, wenn sie neben dem Programm «Ready for Teaching» ein individuelles Weiterbildungsprogramm absolviert haben.

Langjährige Lehrpersonen kritisieren zum Teil heftig, dass Personen ohne Ausbildung unterrichten, und Eltern kritisieren die Schule wohl öfter als früher. Vergeht einem da nicht die Freude am Amt?
Strasser: Zum Glück sind die Leute anspruchsvoll und kritisch, das heisst, sie denken mit. Ich glaube, dass ich zum Beispiel mit den Lehrerinnen und Lehrern in einem guten Austausch stehe, das hat sich in den Jahren, seit ich im Amt bin, deutlich verbessert.

Wechseln wir das Thema. Stört es Sie nicht, dass immer neue Probleme an den Tag treten beim Spitalneubau?
Strasser: So riesige Projekte verlaufen nie geradlinig. Aktuell habe ich einen guten Eindruck von den Planungsarbeiten. Die grosse Frage ist die der Finanzierung. Wenn diese geklärt ist, bin ich optimistisch, dass wir noch in der kommenden Legislatur sehen, was auf dem Geissberg entsteht.

Sie waren Chef des Polizeibeamtenverbands. Dieser hat 2023 die Regierung wegen ihrer Pläne für das neue Polizei- und Sicherheitszentrum scharf kritisiert. Was löst das bei Ihnen aus?
Strasser: Dass der Polizeibeamtenverband den demokratischen Weg gewählt hat, ist richtig. Eine Volksmotion ist ein konstruktiver Weg, um seine Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen.

Täuscht der Eindruck, dass die Regierung pikiert war vom grossen Einsatz der Polizistinnen und Polizisten?
Strasser: Ich persönlich war nicht pikiert und ich hatte auch nicht den Eindruck, dass es ein anderes Mitglied der Regierung war. Das wäre auch schlecht gewesen, wenn jemand von seinen demokratischen Rechten Gebrauch macht. Vielleicht war der Regierungsrat überrascht, dass die Bewegung so viel Schwung bekommen hat.

Wie hoch schätzen Sie die Chancen ein, den Zusatzkredit von 7 Millionen Franken der Stimmbevölkerung erfolgreich erklären zu können?
Strasser: Ich schätze die Chancen als sehr gut ein. Die Bevölkerung ist grundsätzlich selten gegen mehr Polizeikräfte. Ganz im Gegenteil: Das Sicherheitsbedürfnis ist gestiegen.

Sicherheit war 2023 ein grosses Thema in der Stadt Schaffhausen. Was bietet die Kantonsregierung, um das subjektive Sicherheitsgefühl jedes Einzelnen zu stärken?
Strasser: Hier helfen einfache Massnahmen, wie zum Beispiel mehr Präsenz von Polizeistreifen. Dafür braucht es aber Personal. Zum Glück hat der Kantonsrat letztes Jahr der Aufstockung des Korps zugestimmt.

Vor einem Jahr mussten wir Strom sparen. Diesen Winter spricht niemand davon. Ist dieses Thema vom Radar der Regierung verschwunden?
Strasser: Das Thema steht zurzeit sicher nicht im Vordergrund. Die grundsätzlichen Sparmassnahmen machen aber nach wie vor Sinn. Wir müssen uns bewusst sein, dass die nächsten Winter anders sein können als dieser. Die Schweiz muss sich also anstrengen, um autark zu werden.

Wo steht der Kanton Schaffhausen auf dem Weg zu Netto-Null?
Strasser: Wir stehen erst am Anfang eines langen Weges. Der Kanton setzt verschiedene Massnahmen der Klimastrategie um. Ob das Ziel der Netto-Null-Emissionen im Jahr 2050 in diesem Tempo erreicht werden kann, wage ich zu bezweifeln. Die Dringlichkeit, noch stärker auf erneuerbare Energien zu setzen, ist noch nicht bei allen angekommen.

Was machen Sie für den Klimaschutz?
Strasser: Ich reise innerhalb Europas mit dem Zug und versuche auch im Alltag so oft wie möglich öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Ich esse auch bewusster. Ich sage aber nicht, dass man auf alles verzichten soll, das macht nur unzufrieden. Es geht darum, massvoll zu sein.

Die Strom- und Heizkosten sind gestiegen. Spürt das auch ein Regierungsrat?
Strasser: Ich habe zweimal einen Brief der Verwaltung bekommen, die mir eine Mietzinserhöhung mitgeteilt hat. Mir geht das noch nicht ans Lebendige, aber es gibt einige Leute, die diese Kostensteigerungen jetzt sehr stark spüren.

Hat sich die Not im Kanton Schaffhausen akzentuiert?
Strasser: Die betroffenen Ämter im Kanton Schaffhausen spüren deutlich, dass sich die Situation verschärft.

Machen Sie sich als Sozialdemokrat in der Regierung nun stark dafür, dass diesen Menschen geholfen wird?
Strasser: Was wir in der Regierung diskutieren, kann ich nicht im Detail sagen. Nur so viel: Wir haben unterschiedliche Hintergründe, und das merkt man in den Diskussionen.

Am Dienstag hat die Regierung angekündigt, den kantonalen Finanzausgleich anpassen zu wollen. Die Gemeinden ausserhalb des Zentrums fühlen sich zunehmend abgehängt. Ist das Stadt-Land-Gefälle ein Problem, das sich in Schaffhausen verschärft?
Strasser: Um die Landschaft zu schonen, soll die Entwicklung vor allem in den Gemeinden Schaffhausen, Neuhausen, Beringen und Thayngen sowie in den sogenannten Regionalzentren Stein am Rhein und Neunkirch stattfinden. Das ist grundsätzlich richtig. Aber: Wenn grössere Ansiedlungen nur dort möglich sind, führt das zu Problemen in den anderen Gemeinden. Deshalb muss der Finanzausgleich revidiert werden.

Patrick Strasser: «Das Sicherheitsbedürfnis ist gestiegen.» BILD MELANIE DUCHENE

Und wie sieht es mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kanton aus, wenn die Realitäten deswegen auseinanderdriften?
Strasser: Es ist nicht schlecht, dass der Kanton Schaffhausen heterogen ist. Dass der Stadtschaffhauser eine andere Lebensrealität hat als der Begginger macht es sehr spannend. Im Gespräch findet man aufgrund der unterschiedlichen Sichtweisen meist die beste Lösung für das Gemeinwohl.

Die Ausgangslage für die Regierungsratswahlen im August hat sich kürzlich verändert. Was bedeutet es für Sie, dass Walter Vogelsanger nicht mehr antritt?
Strasser: Ich bin überzeugt, dass die SP eine gute Kandidatin nominieren wird. Ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf.

Treten Sie lieber mit einer Frau oder einem Mann an?
Strasser: Frauen haben grundsätzlich Vorrang. Aber eine Frau muss erst einmal wollen. Vor vier Jahren war die Situation ähnlich. Walter Vogelsanger kandidierte, und es gab gute potenzielle Kandidatinnen, die aber alle abgesagt haben. So kam ich zum Zug, was mich persönlich natürlich sehr gefreut hat.

Neben Ihrer Wiederwahl, was wünschen Sie sich fürs 2024?
Strasser: Mehr Respekt für das Gegenüber. Ich habe das Gefühl, dass dieser in den letzten Jahren erodiert ist.